

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 47 (1968)
Heft: 5

Buchbesprechung: Literatur

Autor: Huonker, Gustav / Fehr, Hermann

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 22.01.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Literatur

Die Schweiz im Ersten Weltkrieg

Zu Paul Schmid-Ammanns Buch über den Generalstreik von 1918

Der 440seitige, im Morgarten-Verlag erschienene Paperbackband trägt den Titel «*Die Wahrheit über den Generalstreik von 1918*». Das ist eine programmatische, anspruchsvolle Buchüberschrift. Der Autor ist ihr jedoch in seiner sorgfältig aufgebauten, klar gegliederten und solid dokumentierten Arbeit vollauf gerecht geworden. Auch der Titel, der über dieser Besprechung steht, hätte sich gerechtfertigt; denn Paul Schmid-Ammanns Buch ist über das Zentralthema hinaus eine fesselnde, mit anschaulichem Quellenmaterial aufwartende

Geschichte unseres Landes in kritischer Zeit.

Dass dabei die Geschichte der schweizerischen, insbesondere der zürcherischen Arbeiterbewegung eingehend – und keineswegs unkritisch – ausgeleuchtet wird, versteht sich bei der Zielsetzung dieser Untersuchung von selbst. Weniger selbstverständlich, aber um so begrüßenswerter ist es, dass es der Verfasser ob all der politischen, militärischen, wirtschaftlichen und soziologischen Zusammenhänge, die es zu ergründen und sichtbar zu machen galt, nicht unterlässt, die führenden Persönlichkeiten aller Lager in seiner Darstellung lebendig werden zu lassen. So begegnen wir in seinem Buch eindrucklichen Porträts von Robert Grimm und Ernst Nobs, Fritz Platten und Angelika Balabanoff, Oberstdivisionär Sonderegger und General Wille. Gerade die Würdigung des Generals mit all seinen Licht- und Schattenseiten ist ein schöner und lange nicht der einzige Beweis für die Fairness und Objektivität, mit der Paul Schmid-Ammann seine schwierige Aufgabe gemeistert hat.

Ohne Übertreibung darf man feststellen, dass mit diesem vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund angeregten Buch eine der wichtigsten unentbehrlichsten Publikationen zur neuesten Schweizer Geschichte vorliegt, nicht zuletzt deshalb, weil dem Verfasser ausser in die Archive des Gewerkschaftsbundes, der Sozialdemokratischen Partei und verschiedener am Landesstreik massgeblich Beteiligter erstmals auch Einblick in die noch unter Sperrfrist ruhenden Akten des Bundesarchivs und der Zürcher Staatskanzlei gewährt wurde. Einige wenige in Faksimile wiedergegebene Dokumente, wie Oberstdivisionär Sondereggers «Handgranaten-Befehl» oder der Aufruf der Arbeiterunion Zürich zur Fortsetzung des Generalstreiks, wecken den Wunsch nach einer reicheren Illustration des Bandes; im verständlichen Bestreben, den Verkaufspreis möglichst tief zu halten, verzichtete man leider auch auf ein Personen- und Sachregister, was sich bei der

erstmaligen Lektüre des Bandes kaum, bei seiner späteren Verwendung als historisch-politisches Grundlagenwerk aber als widriges Hindernis erweisen wird.

Die Schuld des herrschenden Systems

Paul Schmid-Ammann will mit seinem Buch den Beweis antreten, dass die noch weit herum, auch in den meisten schweizerischen Geschichtsbüchern, vertretene Ansicht falsch sei, das Oltener Aktionskomitee habe in Verbindung mit der Sowjetmission in Bern und unterstützt durch russische Rubel, bolschewistische Agenten und Propagandisten den revolutionären Umsturz in der Schweiz herbeiführen wollen. Dieser Beweis ist ihm, gestützt auf eine umfängliche Aktendokumentation, überzeugend gelungen.

«Versagen, Irrtümer, Schuld lassen sich nicht mehr auf eine einzige Volksklasse, die Arbeiterschaft, abschieben. In noch schwerwiegenderer Weise daran beteiligt ist auch das damals herrschende politische und militärische System», stellt der Verfasser im Vorwort fest, und im ersten wie im zweiten Teil seiner Untersuchung, wo von Ursachen, Ausbruch und Verlauf des Landesstreiks die Rede ist, belegt er dies aus Protokollen und Zeitungsartikeln, zeitgenössischen Abhandlungen, Erinnerungswerken, dem stenographischen Bulletin der Bundesversammlung und mit einem unmissverständlichen Zahlenmaterial aus der eidgenössischen Sozial- und Wirtschaftspolitik.

Aus all diesen Quellen geht mit geradezu erschütternder Deutlichkeit hervor, wie den politischen, den wirtschaftlichen und den militärischen Führungskräften des Landes der gute Wille einer wichtigen Volksschicht, der Arbeiterschaft nämlich, schmähsch missachtet und missbraucht wurde. Bei Kriegsausbruch im Sommer 1914 war die Arbeiterschaft samt ihren Führern zu tatkräftiger Zusammenarbeit mit dem politischen Gegner bereit; angesichts der drohenden Gefahr von aussen bekannten sich Gewerkschaften und Sozialdemokratie zur «Burgfriedenspolitik» im Innern; die 20 Mann starke sozialdemokratische Nationalratsfraktion stimmte der Übertragung von Vollmachten an den Bundesrat für die Dauer des Krieges zu; die SPS stellte sich mit einem Aufruf in die Reihen der Landesverteidiger, und

Robert Grimm forderte in der «Tagwacht»: «Mit kluger Überlegung und ruhigen Sinnes muss der nicht im Felde stehende Teil des Schweizervolkes die Massnahmen der Behörden unterstützen . . . Hinter unsern tapfern Soldaten . . . muss die Solidarität des Volksganzen stehen.»

Egoismus statt Solidarität

Landesregierung, Armeeführung und das Bürgertum nahmen die Burgfriedensbereitschaft offenbar als Selbstverständlichkeit entgegen; für den

vom wirtschaftlich schwächeren Volksteil ergangenen Solidaritätsappell hatten sie jedoch weitgehend taube Ohren. Es ist hier nicht der Ort, mit Zahlen und Details aufzuwarten; Stichworte wie Preistreiberei und Hungerlöhne, Mietzinswucher und Kriegsgewinne, Arbeitsplatzkündigung auf der einen, Arbeitszeitverlängerung auf der anderen Seite, kaum durch Rationierung behindertes Wohlleben der Reichen, Mangel und Unterernährung der Armen werfen grelle Schlaglichter auf eine Innen- und Wirtschaftspolitik, die jeglicher Klugheit und Gerechtigkeit entbehrte, so dass im Juni 1918 die Zahl der Notstandsberechtigten, das heisst der auf die öffentliche Wohlfahrtsunterstützung Angewiesenen im ganzen Lande 692 000 Personen betrug!

Zieht man dazu in Betracht, dass die Arbeiterschaft durch das immer drückendere Vollmachtenregime, die jahrelange Verschleppung ihrer Motionen und Initiativen, darunter die Initiative auf Proporzwahl des Nationalrats, und die psychologisch oft ungeschickte Behandlung des Wehrmannes durch vom Kastendünkel befallene Offiziere immer deutlicher den Eindruck erhalten musste, in einem vom Besitzbürgertum und der immer stärker prosperierenden Landwirtschaft beherrschten Klassenstaat zu leben, so wundert man sich nachträglich, dass es erst im Spätherbst 1917 zu einem ersten deutlich spürbaren Aufbäumen kam. Dies stellt der Geduld der Arbeiterschaft und der Verhandlungsbereitschaft ihrer verantwortungsbewussten Führer ein ausgezeichnetes Zeugnis aus.

Reformen — nicht Revolution

Begreiflich ist es, dass die Arbeiterführer, nachdem sie die materielle Not weiter Volkskreise unaufhaltsam steigen sahen, mit der Gründung des Oltener Aktionskomitees im Februar 1918 eine wirksame Waffe zu schmieden trachteten. Nachdem der Arbeiter im Wirtschaftskampf nur über seine persönliche Arbeitskraft verfügt, ist es klar, dass er die Verweigerung dieser Kraft, den Streik, als seine eigentliche Waffe empfindet. Schon vor dem Ersten Weltkrieg spielten sich in der Sozialdemokratie und in den Gewerkschaften Diskussionen über den Generalstreik als letztes ausserparlamentarisches Kampfmittel der Arbeiterschaft ab. Unter der Wucht des seit Kriegsbeginn von rechts verschärften Klassengegensatzes sah sich auch das Oltener Aktionskomitee mehrmals vor die Frage der Auslösung eines Landesstreiks gestellt. Es ist Paul Schmid-Ammann überzeugend gelungen, den Nachweis zu erbringen, dass die grosse Mehrheit der im Komitee vereinigten Arbeiterführer den revolutionären Generalstreik, das heisst den Generalstreik mit dem Ziel, Regierung und Wirtschaftssystem des Landes gewaltsam zu ändern, immer entschieden ablehnten.

«Keine einzige Forderung der Arbeiterschaft, weder die 15 Forderungen der kombinierten Konferenz vom März 1918 noch die 11 Forderungen des Allgemeinen Arbeiterkongresses vom Juli 1918 trugen revolutionä-

ren Charakter.» Und erst recht auch die neun Punkte des Minimalprogramms im Generalstreikaufruf vom 11. November nicht.

Die auf das Bürgertum – begreiflicherweise im damaligen Zeitpunkt – wie ein rotes Tuch wirkende Aufforderung im Streikaufruf, in den mobilisierten Einheiten sollten «zur Vermeidung blutiger Konflikte . . . Soldatenräte gebildet werden, die im Einvernehmen mit den Arbeiterorganisationen ihre Massnahmen treffen», war kein Revolutionsfanal, sondern offenbar eine jener Entgleisungen in revolutionäre Rhetorik, wie sie sonst vor allem von der radikaleren Minderheit in der Arbeiterbewegung zu hören war, von «Volksrecht»-Chefredaktor Ernst Nobs beispielsweise oder von der winzigen Radikalinskigruppe Herzogs und seinen Forderungsleuten.

Selbstverständlich erkennt auch Paul Schmid-Ammann, dass neben wirtschaftlicher Not und unkluger politischer Majorisierung noch weitere Gründe zur Kampfentschlossenheit der Arbeiterschaft und zu deren Radikalisierung vor allem auf dem Platz Zürich beitrugen. Doch misst er mit Recht weder der Beeinflussung durch Lenin, Münzenberg und weiterer bolschewistischer Propagandisten, die zur Bildung der sogenannten Zimmerwalder Linken führte, nach dem Beispiel der internationalen Entwicklung mit den Revolutionen in Russland und den Umsturzansätzen in Deutschland und Österreich entscheidende Bedeutung für die Auslösung des Generalstreiks in der Schweiz bei. Vollends ins Reich böswilliger Verhetzung verweist er auf Grund des Untersuchungsergebnisses der Bundesanwaltschaft und des Ausgangs des Generalstreikprozesses die in der bürgerlichen Presse hochgespielte Behauptung, das Oltener Aktionskomitee sei über Angelika Balabanoff mit sowjetischen Rubelmillionen zur Auslösung der Revolution finanziert worden.

Provozierendes Truppenaufgebot

Aus Schmid-Ammanns Darlegungen geht deutlich hervor, dass ein wirtschaftlich-sozialer Konfliktstoff die Kettenreaktionen der letzten zum Generalstreik führenden Ereignisse auslöste: Der Streik des Zürcher Bankpersonals Ende September 1918. Der vollständige Sieg des von der Arbeiterunion tatkräftig unterstützten Bankpersonals über die bis zuletzt den brutalen Herr-im-Haus-Standpunkt herauskehrenden Zürcher Bankherren löste im Bürgertum jenen panischen Schrecken vor einem roten Umsturz aus, der zu teilweise geradezu grotesken Klassenkampfaufhetzungen von rechts führte,

wie der Artikel Fleiners in der «NZZ», der «Bombenfundbericht» des Ausserordentlichen eidgenössischen Untersuchungsrichters Heusser und auch das stark von Zürcher Bankkreisen inspirierte «Memorial» General Willes, in dem er zur Verhütung der Revolution in Zürich vom Bundesrat ein starkes Truppenaufgebot verlangte.

Es gelingt dem Autor sehr gut, die sich jagenden Ereignisse der ersten Novemberhälfte darzustellen, bei denen vor allem die Zürcher Regierung, aber auch der wankelmütige Bundespräsident Calonder recht schlechte Figur machten. Eindeutig wird der Nachweis erbracht,

dass die Arbeiterschaft durch das massive Truppenaufgebot und in der Folge durch das unbesonnen forsche Auftreten des Besatzungskommandanten Sonderegger, der sogar Konzentrationslagerpläne erwog, zum Landesstreik geradezu provoziert wurde.

Dass aus dem von Olten ausgerufenen 24stündigen Proteststreik durch das undisziplinierte, aber infolge der drückenden Militärherrschaft begreifliche Vorpellen der Zürcher Arbeiterunion ein unbefristeter, wegen der in weiten Landstrichen fehlenden Kampfbereitschaft der Arbeiter von vornherein zum Scheitern verurteilter Generalstreik wurde, führte momentan wohl zu einer bitteren Niederlage der Arbeiterschaft. Doch erwachsen aus dem Generalstreik unmissverständliche Lehren, die sich, die einen früher, die anderen später, für unsere Innenpolitik fruchtbar erwiesen und der Eidgenossenschaft im Zweiten Weltkrieg die nötige innere Geschlossenheit verschafften.

Paul Schmid-Ammanns Buch vermittelt auch diese Erkenntnisse und liefert im Anschluss an die Abschnitte über den Generalstreikprozess noch interessante Einblicke in die von Spaltung bedrohte schweizerische Arbeiterbewegung und in die während Jahren verkrampte eidgenössische Innenpolitik der Zwischenkriegszeit.

Gustav Huonker

Das «Neue Bieler Jahrbuch» 1966

Im allgemeinen Teil des «Neuen Bieler Jahrbuches» 1966 finden sich ein Aufsatz über die Stadtbibliothek, die durch das Legat Moll wertvollen Zuwachs erhalten hat, und eine Abhandlung von Hans A. Michel über «Das Fürstbischof-baslerische Archiv in Pruntrut und seine Aktenbestände zur Geschichte der Stadt Biel und des Südjura». Diese Arbeit gibt Aufschluss über die geschichtlichen Quellen, die zur Verfügung stehen, und orientiert über ihre Erschliessung und die wechselvolle Geschichte des Archivs.

Darüber hinaus erfährt man allerhand Wissenswertes über Biel und den Jura. Erwähnenswert ist zum Beispiel die Tatsache, dass die Amtssprache des Fürstbistums das Deutsche war. Von den rund 3000 Pergamenturkunden, die sich auf neun Jahrhunderte verteilen, sind 62 Prozent in deutscher, 22 Prozent in lateinischer und nur 16 Prozent in französischer Sprache abgefasst.

Weiter vernimmt man, dass Biel im September 1279 ein erstes, auf fünf Jahre begrenztes Bündnis mit Bern abschloss. 1352 erst gingen die beiden Städte einen ewigen Bund ein. Dann stellt der Verfasser fest, dass Biel seit der Vereinigung mit dem Kanton Bern im Jahre 1815 einen wirt-

schaftlichen Aufschwung genommen habe, der die «Zukunftsstadt» zur natürlichen Metropole des Seelandes werden liess. Daneben bestehe eine enge wirtschaftliche Verflechtung mit den südlichen Juratälern, verbunden mit einer jahrhundertealten politisch-militärischen Tradition, welche die Zweisprachenstadt am Jurafuss zum Mittler zwischen Deutsch und Welsch mache.

Ein Dutzend aktueller Beiträge vermittelt eine Gesamtschau über bemerkenswerte Ereignisse des Jahres 1966. Die Entstehung des Kongresshauses, die Eröffnung eines neuen kirchlichen Zentrums in Bözingen, einer neuen Schule in Mett und des schweizerischen Zentrums zur beruflichen Ausbildung Invaliden als Uhrmacher werden unter anderem beschrieben. Knapp gefasste Chroniken über das kulturelle und politische Leben der Stadt ergänzen diese Ausführungen.

Der Wechsel zwischen Deutsch und Französisch, je nach Muttersprache des Verfassers eines Beitrages, macht den vielseitigen, mit einer Anzahl ausgezeichneter Photos illustrierten Band besonders attraktiv.

Hermann Fehr

Blick in die Zeitschriften

Die Tschechoslowakei im Brennpunkt des politischen Interesses

Seit den turbulenten Ereignissen während des tschechoslowakischen Schriftstellerkongresses im Juni 1967 stand dieses Land immer wieder im Brennpunkt der politischen Geschehnisse. Jede grössere und kleinere Zeitung fühlte sich im Laufe der letzten Monate bemüssigt, sinnige und unsinnige Kommentare und Prognosen zur neuesten Entwicklung in der CSSR abzugeben. So hat beispielsweise auch die Monatsschrift «*osteuropa*» (Stuttgart) ihr ganzes März-Heft unter dem Titel «Später Eisgang an der Moldau» ausschliesslich den neuesten Entwicklungen in der CSSR gewidmet. Vier sogenannte Fachexperten analysieren die gegenwärtige Situation, kommentieren die Vergangenheit und versuchen Prognosen für die Zukunft zu stellen. Andreas Razumovsky überschreibt seine Arbeit mit «Die Wachtablösung», Rudolf Urban erläutert einerseits den «IV. Kongress der tschechoslowakischen Schriftsteller und seine Folgen» und gibt andererseits einen Überblick über «Staatliche Verwaltung und öffentliches Leben in der Tschechoslowakei». Harry Slapnicka schreibt über den «Weg nach Prag. Die Slowaken in der Politik der Tschechoslowakei» und zeichnet in einem zweiten Artikel ein Porträt des neuen Parteichefs: «Alexander Dubcek – Versuch einer Einordnung». Von Harry G. Shaffer wird unter dem Titel «Das Neue Ökonomische Modell – Probleme und Ansichten» ein Interview mit dem tschechischen Wirtschaftsfachmann Ota Sik wiedergegeben. All diese Arbeiten vermitteln eine Fülle von interessantem Wissen.